

# Mitteilung

## öffentlicher Teil

Gremium	Datum
Jugendhilfeausschuss	14.03.2017
Ausschuss Schule und Weiterbildung	20.03.2017

### **Partizipation - Darstellung aktueller Konzepte, Standards und Entwicklungen im Amt für Kinder, Jugend und Familie (Stand Februar 2017)**

Die Verwaltung stellt nachfolgend aktuelle Konzepte, Standards und Entwicklungen zur Partizipation im Amt für Kinder, Jugend und Familie dar sowie in der Kinder- und Jugendpädagogischen Einrichtung (KidS).

„Partizipation – Darstellung aktueller Konzepte, Standards und Entwicklungen im Amt für Kinder, Jugend und Familie“ (Stand Februar 2017) liegt dieser Mitteilung an.

Es handelt sich hierbei um einen Ausschnitt hinsichtlich der städtischen Arbeitsfelder und ihrer strukturellen Merkmale zur Beteiligung

- in Kindertagesstätten,
- der Kinder- und Jugendpädagogischen Einrichtung,
- im Allgemeinen Sozialen Dienst und
- in der Abteilung Kinderinteressen und Jugendförderung.

Das vorliegende Papier kann und soll ausdrücklich weiter entwickelt werden. Es bildet lediglich einen kleinen Ausschnitt der Vielfalt von Maßnahmen zur Partizipation in der Jugendhilfe ab. Im laufenden Prozess wird es erweitert durch Konzepte und Maßnahmen in Weiterbildung und Schule, im Sport sowie in anderen Ämtern und Arbeitsfeldern der Stadt.

Es erfasst beispielsweise zurzeit noch nicht die vielfältigen Strategien und Projekte der Träger der freien Jugendhilfe.

Die aktuell selektive Betrachtung ist einerseits der Tatsache geschuldet, dass sich die Auftragslage zunächst auf die Aktivitäten in der Jugendhilfe bezogen und der Ist-Stand in der Jugendverwaltung abgebildet werden sollte.

Andererseits bedarf es bei einem Konzept zusätzlicher Ressourcen, um einen Soll-Stand zu entwickeln.

Die „Jugendförderung und die Kinderinteressen“ sieht neben der strukturell verankerten Beteiligung auch auf der operativen Ebene eine Reihe von Angeboten zur Partizipation vor. Daher liegt bei der Betrachtung der aktuellen Konzepte hier ein besonderer Schwerpunkt.

Im Nachgang der Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 17.03.2017 wurde mit den Jugendpolitischen Sprecherinnen und Sprechern und der LIGA mündlich vereinbart,

- eine Priorität zunächst auf die Entwicklung der Jugendforen zu legen.
- „Geld in die Hand von Jugendlichen“ soll in 2017 erstmalig erprobt werden.  
Zwar wurden bereits in 2016 die Mittel erhöht, aber aufgrund der Genehmigung des Haushaltes durch die Bezirksregierung im Dezember war die Verausgabung dieser Mittel nicht erlaubt.
- In den Einrichtungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit soll Partizipation als Querschnittsaufgabe voran gebracht werden.

Die Vertreterinnen und Vertreter des AK § 80, Integrative Jugendarbeit, teilten diese Vereinbarung in ihrer letzten Sitzung am 31.01.2017 mit dem Hinweis, dass es einen diesbezüglichen Auftrag im aktuellen Kinder- und Jugendförderplan gibt.

Zwei weitere Aspekte der Auftragslage aus dem Ratsbeschluss vom 14.11.2014 standen bislang noch aus.

Die Fortführung des „Tages der Jugend im Rathaus“ sollte überprüft werden und zum „Tanz der Jugend im Rathaus“ war ebenfalls ein Prüfauftrag zu erledigen (AN/1519/2014 und AN/1580/2014). Nachfolgend sind die Ergebnisse beider Prüfaufträge beschrieben. Außerdem ist, vorbehaltlich der Ressourcenfrage, die Planung der Jugendforen skizziert, Ideen zur Forderung „Geld in die Hand von Jugendlichen“ verfasst und die zielgerichtete Förderung von Partizipation in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit in Aussicht gestellt.

### **Prüfauftrag zum Tag der Jugend im Rathaus**

Mit der Entstehung des Amtes für Kinderinteressen 1992 wurde das Projekt Rathausschule aus der Taufe gehoben. Hier wird Kindern und Jugendlichen das Rathaus mit seinen Zuständigkeiten und Aufgaben nahegebracht und das politische Geschehen erlebbar gemacht. Dies geschieht durch Rathauserkundungen. Die Schülerinnen und Schüler gehen auf „Entdeckungsreise“ durch das Rathaus und erfahren nicht nur etwas über dessen historische und aktuelle Bedeutung. An Originalschauplätzen schlüpfen sie in die Rollen von Ratsmitgliedern, Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeistern, debattieren und fassen Beschlüsse in einer „Ratssitzung“ zu einem Thema ihrer Wahl. Die Themen der Ratserkundung werden im Unterricht nachbehandelt.

Ein weiterer Schwerpunkt der Rathausschule sind die Stadtteilerkundungen, die das Ziel haben, die Partizipation von jungen Menschen zu stärken. Im Rahmen dieser Projekte haben Kinder und Jugendliche Gelegenheit ihr kommunales Umfeld zu erforschen und etwas über die Institutionen und Personen zu erfahren, die an der Gestaltung ihres Lebensumfeldes beteiligt sind.

Weiterhin stellt die Rathausschule Unterrichtsmaterialien und Informationen zur Kommunalpolitik und Kinderrechten zur Verfügung und unterstützt einzelne Partizipationsprojekte

Innerhalb der Rathausschule wird auch der **Tag der Jugend** durchgeführt und kooperiert in der Vorbereitung des Tages eng mit den Fraktionen des Rates und will:

- über die Aufgaben des demokratischen gewählten Rates und die Funktion seiner Ausschüsse sowie über die Strukturen der Kommunalverwaltung informieren.
- Begegnung und gegenseitiges Verständnis zwischen Personen des Rates und Verwaltungsmitarbeitern und den jungen Menschen fördern.
- politische Entscheidungsprozesse nachvollziehbar machen und somit Transparenz schaffen.
- die Kinder und Jugendlichen für die Zusammenhänge von Lebensalltag und Politik, insbesondere Kommunalpolitik, interessieren.
- sie ermutigen, eigene Interessen zu artikulieren.
- sie motivieren, Aktivitäten und Initiativen zu entwickeln.
- junge Menschen aus allen Bevölkerungsgruppen ansprechen.

### **Entwicklungsmöglichkeiten**

Der Tag der Jugend findet bei allen Beteiligten ein sehr positives Echo. Analog zu der qualifizierten Vorbereitung wäre eine Nachbereitung nach der fiktiven Ratssitzung denkbar. Beispielsweise könnten sich die Fraktionen verpflichten, in einer der nächsten Ratssitzungen über einen Antrag weiter zu beraten, oder es könnten von Anfang an finanzielle Ressourcen zur Umsetzung eines Antrags bereitgestellt werden.

Vor dem Hintergrund, dass verhältnismäßig wenige Jugendliche erreicht werden, ist eine Erweiterung

auf die Bezirksebene denkbar. Diese kann nur in enger Absprache und Kooperation mit der Politik geschehen. Die Rathauschule könnte dafür lediglich die Koordinationsaufgaben übernehmen.

Den Tag der Jugend im Rathaus unterstützen Jugendpolitikerinnen und Jugendpolitiker seit vielen Jahren mit ihrer Expertise und Zeitressourcen. Diese und Vertreterinnen aus dem Amt für Kinder, Jugend und Familie trafen sich im Herbst 2016 zu einer Einschätzung dieses Projektes. Sie sprachen sich mehrheitlich für die Fortführung des Tages der Jugend im Rathaus aus. Ergebnis der Diskussion war auch der Wunsch, darüber hinaus Partizipation an Kölner Schulen voran zu bringen.

Prüfauftrag:

### **„Köln liebt dich – Politik und Tanz im Kölner Rathaus“**

Das Kölner Rathaus wird Fachkräften und Bürgerinnen und Bürgern für zahlreiche interessante Veranstaltungen und Tagungen geöffnet. Dazu gehören auch alle jugendrelevanten Aktivitäten, wie Rathauserkundungen und Einzelveranstaltungen.

Alle Veranstaltungen sind mit dem Protokoll abgesprochen und die Finanzierung ist jeweils sicher gestellt. Die Veranstaltungen passen sich der Rathausatmosphäre an.

Für ein Veranstaltungsformat, wie „Tanz der Jugend im Rathaus“ müsste ein gezieltes Eventmanagement eingekauft werden, das neben der Bewerbung, Programmgestaltung auch Sicherheitsauflagen erfüllen müsste. So hatte die Stadt München in 2016 Probleme wegen sexueller Übergriffe.

Die Zielsetzung hinsichtlich des Tanzes der Jugend im Rathaus läge darin, den Ort Rathaus, der in der Bevölkerung mit politischem Engagement verbunden wird und durch die Feierlichkeit von Eheschließungen bekannt ist, Jugendlichen als interessanten Ort einer Tanzveranstaltung einzuladen. Jugendlichen soll durch die positive gedankliche Besetzung auch ein Zugang zu kommunalpolitischen Dimensionen eröffnet werden.

Die Jugendverwaltung befürwortet die Durchführung dieser Veranstaltung nicht, da die Kosten, insbesondere für die zu erfüllenden Auflagen, vergleichsweise höher anzunehmen sind als der nachhaltige Nutzen. Wirkungsvoller ist die Entwicklung und Umsetzung von Standards zur politischen Beteiligung.

### **„Geld in die Hand von Kindern und Jugendlichen!“**

neue Kriterien für die Mittelverwendung der bisherigen Partizipationsgelder

„Geld in die Hand von Kindern und Jugendlichen!“ ist hier die konsequente Weiterentwicklung der seit 2008 bestehenden Förderung von Partizipationskonzepten hin zur Selbstbestimmung von Kindern und Jugendlichen.

Ein überschaubarer Bereich und zugleich ein klares Signal des Vertrauens in Kinder und Jugendliche sind kleine Budgets, die diese eigenständig verwalten. Geplant ist mit den vorhandenen finanziellen Mitteln Mikroprojekte zu fördern, die Kinder und Jugendliche eigenständig entwickelt haben. Es ist eines der wenigen Felder, in dem man den Kindern und Jugendlichen die alleinige Verantwortung für „Ihr“ Projekt übertragen kann, da bisher in vielen Prozessen der z.B. Stadtraumplanung nur die Mitsprache und Mitwirkung ohne Entscheidungsmacht möglich ist. Durch das Erlernen von Prozessen der Planung und Durchführung eigener Projekte wird die Selbstbestimmung gefördert und gelernt

Kinder und Jugendliche, die sich selbst gestaltend erleben und Demokratie positiv erfahren, werden sich auch als Erwachsene eher an der Gestaltung des Gemeinwesens beteiligen.

- Formuliertes Handlungsziel

Eine Auszahlung erster Gelder an Kinder und Jugendliche soll bereits 2017 stattfinden. Als Verteilung ist hier geplant, einen Sockelbetrag an die Jugendpflege in den Bezirken auszuzahlen. Schon 2015 wurden im Stadtbezirk Mülheim gute Erfahrungen mit der konkreten Umsetzung von Mikroprojekten gesammelt. Hier hat die Bezirksjugendpflege einen beispielhaften Prozess angestoßen, der eine gute Grundlage für die Bereitstellung von Geldern für Jugendliche möglich machte.

Darüber hinaus ist die Auszahlung an Kinder und Jugendliche geplant, die sich in den Kinder- und Jugendforen, in der Freiflächenplanung, in Spielplatzpaten-Kindergruppen o.ä. engagieren. Auch Ideen von Kindern und Jugendlichen, die nicht in vorhandene Strukturen eingebunden sind, sollen gefördert werden.

Der wichtigste Baustein ist, dass ein niederschwelliger Zugang zu diesem Geld ermöglicht wird. Die Kriterien für die Mittelvergabe sollten nur dem kleinsten gemeinsamen Nenner entsprechen: Altersbeschränkung, Budgetierung und Förderfähigkeit des Projektes im Sinne sozialer und dem Gemeinwohl dienender Projekte.

Zukünftig soll in einem lebendigen Prozess unter Einbeziehung der Jugendlichen ein stetig sich weiter entwickelndes Konzept entstehen, das das Bewerbungsverfahren und die Vergabe von Geld regelt. Hierzu gehört es auch Fehler zuzulassen. Die Einübung des Umganges mit öffentlichen Mitteln beinhaltet auch die Option, dass es nicht in allen Bereichen auf Anhieb gelingt. Es hat sich aber gezeigt, dass Jugendliche in der Regel sehr umsichtig mit öffentlichen Geldern umgehen und zur Umsetzung ihrer kreativen Ideen meist nur geringe finanzielle Mittel benötigen.

Perspektivisch könnte gemeinsam mit Kindern und Jugendlichen ein Projekt installiert werden, das unabhängige Plattformen im Internet oder anderen Orten entwickelt, die durch gute Öffentlichkeitsarbeit das Projekt für **Alle** zugänglich macht.

Voraussetzungen und Abrechnungsmodalitäten werden in einer kurz gehaltenen Richtlinie geregelt.

### **Kinder- und Jugendforen in Köln sollen ausgebaut werden.**

- Formuliertes Handlungsziel

Das Format der Kinder und Jugendforen hat sich in vielen Jahren bewährt und zeichnet sich im Besonderen dadurch aus, dass hier durch den niederschweligen Ansatz in den Stadtvierteln vor allem Kinder und Jugendliche, die sonst Partizipationsangebote nicht nutzen, angesprochen und zur Teilhabe motiviert werden. Ein Ausbau der Kinder- und Jugendforen auf weitere Standorte in den Stadtbezirken wäre sinnvoll, bedarf aber der entsprechenden personellen und finanziellen Ressourcen. Darüber hinaus steht der Wunsch nach einer Intensivierung der Arbeit der Kinder- und Jugendforen als Forderung im Raum.

Hier ist es sinnvoll mit ersten interessierten Foren als Pilotprojekte zu beginnen und deren Arbeit und Aufgabengebiete schwerpunktmäßig zu erweitern.

Vorstellbar wäre z.B.:

- „Geld in die Hand von Kindern und Jugendlichen“ für die in den Kinder- und Jugendforen engagierten Jugendlichen zur Verfügung stellen,
- Enge Zusammenarbeit mit bestehenden Arbeitskreisen in den Bezirken und Sozialräumen
- Engere Anbindung an die jeweiligen Bezirksvertretungen
- Forumsmitglieder begleiten einzelne Kommunalpolitiker (Patenschaften?) zu deren Terminen, erhalten Einblicke in die Arbeitsfelder der Politik und haben die Möglichkeit, ihre eigenen Sichtweisen einzubringen.  
Erste Gespräche mit Mitgliedern von Bezirksvertretungen sind bereits geplant.
- Vorstellbar ist auch eine Anbindung an politische Ausschüsse, beginnend mit dem Jugendhilfeausschuss z. B. durch eine Teilnahme mit beratender Funktion im Ausschuss oder zumindest Einladung zu einzelnen Themenstellungen.

Weitere Ideen zu der Intensivierung sollen in den Arbeitssitzungen der Kinder- und Jugendforen entwickelt und zusammengetragen werden. Das bestehende Konzept der Kinder- und Jugendforen wird entsprechend aktualisiert.

### **Partizipation in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit**

Mit Verabschiedung der neuen Richtlinie zur Offenen Kinder- und Jugendarbeit 2016 gingen zur besseren Darstellung dieses Feldes die Einführung des Leistungskataloges und damit dialogische Fachgespräche einher.

Partizipation als Querschnittsaufgabe ist Teil des Leistungskataloges.

In 2016 vereinbarten Fachverwaltung und Träger der Jugendeinrichtungen im Rahmen der Fachgespräche 14 mal Partizipation als Schwerpunktthema in 2017.

Es ist geplant, in einer Qualifizierungsoffensive das sehr häufig genannte Thema „Partizipation“ aufzugreifen und bedarfsgerechte Unterstützung anzubieten.

Ziel ist es, in den nächsten Jahren Partizipation als Querschnitt und strukturelles Merkmal in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit voran zu bringen.

Kinder und Jugendliche besuchen eine Freizeiteinrichtung vor dem Hintergrund, dass sie sich dort wohl fühlen, sich beim Ausloten von Rahmenbedingungen, wie Öffnungszeiten, und hinsichtlich der Inhalte einbringen können und Wertschätzung erfahren.

Partizipation in Jugendeinrichtungen wird so zu einem zukunftsweisenden Standard und Qualitätsmerkmal. Sie ist die Voraussetzung für die Befähigung politischen Handelns.

**Gez. Dr. Klein**